



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
zu „Berufung einer/eines Brexit-Beauftragten“ (Drs. 19/1071) der SPD

„Brexit“ – Schleswig-Holstein ist vorbereitet!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bedauert, dass das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland aktuell weiter an der Absicht festhält, aus der Europäischen Union auszutreten und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Beziehungen auch zukünftig eng und partnerschaftlich gestaltet werden.

Der Landtag bekräftigt dabei seine Überzeugung, dass eine Weiterentwicklung der europäischen Einigung im Interesse Schleswig-Holsteins, Deutschlands insgesamt und der europäischen Staaten liegt.

Der Landtag begrüßt die frühzeitig ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung, sich trotz der unklaren Rahmenbedingungen des „Brexit“ auf die denkbaren Austrittsszenarien vorzubereiten. Durch das in Vorbereitung befindliche Brexit-Übergangsgesetz wird das Land für den Fall eines geregelten Austritts gerüstet sein. Für einen unregelmäßig Austritt sind die internen Vorbereitungen zur Identifizierung des landespolitischen rechtlichen Anpassungsbedarfs oder die Einrichtung einer Task Force durch den Wirtschaftsminister zur Beratung der Unternehmen im Land zu aufkommenden Einzelfragen vorgenommen worden.

Die Landesregierung wird gebeten, auf ihren Internetauftritten Hinweise bzw. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Task Force Brexit einzutragen.

– Der Landtag begrüßt die bisherigen Anstrengungen von Kammern und Verbänden in Schleswig-Holstein, Unternehmen über die Folgen eines geordneten aber auch ggf. eines ungeordneten Brexit zu informieren und darauf vorzubereiten.

Neben wirtschaftlichen Konsequenzen sind auch Auswirkungen auf andere Bereiche wie Sozialversicherungs-, Bildungs- und Wissenschaftsfragen zu erwarten. Daher mögen auch aktive Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft in diesen Prozess eingebunden werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, dem zuständigen Ausschuss über die Vorbereitungen weiterhin zeitnah zu berichten.

Begründung:

Die Form und Auswirkungen des „Brexit“ sind derzeit unklar, daher ist es richtig, dass sich die Landesregierung auf die Szenarien vorbereitet. Der Landtag legt großen Wert darauf, in diese Vorbereitungen weiterhin eng eingebunden zu werden.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion